

# WMI

## WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

# 18

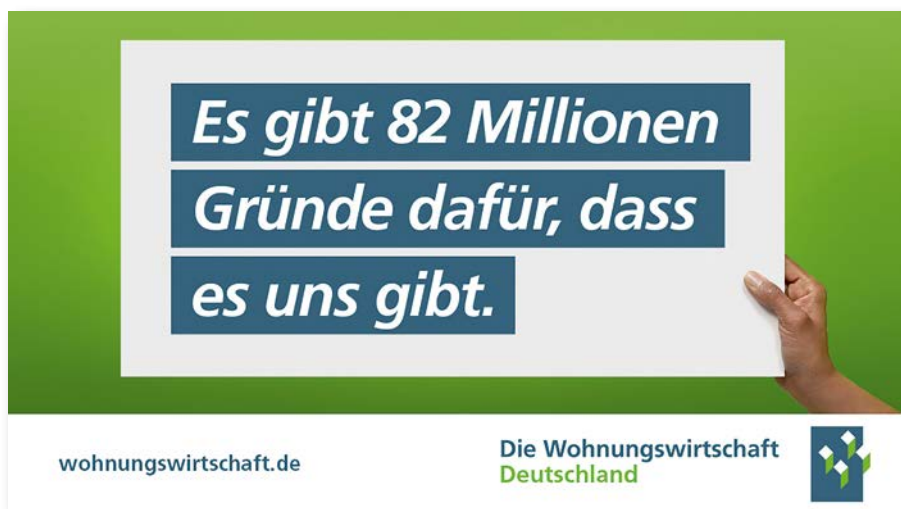
Ausgabe 4. Mai 2017

### Inhalt

- 2 Mieterstrom:** Das Bundeskabinett hat die Förderung von Mieterstrom aus Photovoltaik-Anlagen beschlossen. Es besteht jedoch weiterhin Nachbesserungsbedarf.
- 3 Bündnisforum:** Im Zentrum der Diskussion Ende April in Berlin standen die Themen Baulandaktivierung und Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit.
- 4 ZUKUNFT findet STADT:** Die Talkrunde evaluiert die Maßnahmen des Berliner Senats auf dem Weg zu kreativerem, demokratischerem und günstigerem Bauen und Wohnen.

## Wohnungswirtschaft startet Imagekampagne und Branchenwebsite [www.wohnungswirtschaft.de](http://www.wohnungswirtschaft.de)

Berlin – Unter dem Motto „Es gibt 82 Millionen Gründe dafür, dass es uns gibt“ hat die Wohnungswirtschaft am 2. Mai 2017 eine bundesweite Imagekampagne gestartet. Gut und sicher wohnen zu bezahlbaren Mieten – die Motive der Kampagne zeigen, was die Wohnungswirtschaft in Deutschland für ihre Mieter und für die Gesellschaft leistet: Als Wirtschaftsmotor und Arbeitgeber, mit fairen Mieten für gutes Wohnen und engagiert beim nachhaltigen Handeln, Klimaschutz und der sozialen Stadtentwicklung.



Die Wohnungswirtschaft ist vielseitig: Sie ist Wirtschaftsmotor, Arbeitgeber, Vorreiter bei der Nachhaltigkeit und Akteur in der sozialen Stadtentwicklung.

„Wir wollen ab heute noch deutlicher zeigen, was hinter der Marke ‚Wohnungswirtschaft‘ steckt“, erklärte **Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft, zum Kampagnenstart in Berlin. Rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen sowie 14 starke Regionalverbände und der Spitzenverband GdW stehen für die Wohnungswirtschaft in Deutschland. Diese Unternehmen bewirtschaften fast sechs Millionen Wohnungen und geben rund 13 Millionen Menschen ein Zuhause.

Die in der Wohnungswirtschaft organisierten Unternehmen bewirtschaften knapp 61 Prozent der 1,4 Millionen deutschen Sozialwohnungen und sind die maßgeblichen Akteure für den Bau öffentlich geförderter Wohnungen. Die Durchschnittsmiete der knapp sechs Millionen Wohnungen der Wohnungswirtschaft liegt bei 5,36 Euro pro Quadratmeter und auch auf den angespannten Wohnungsmärkten der „Hotspots“ liegen die Mieten häufig weit unter der ortsüblichen Vergleichsmiete. „Mit der Kampagne zeigt die Wohnungswirtschaft auch, dass sie ihren gesellschaftspolitischen

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Weniger Wohnungen genehmigt

Im Zeitraum Januar bis Februar 2017 wurde in Deutschland der Bau von insgesamt 50.700 Wohnungen genehmigt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das 6,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich nahm die Zahl von Dezember 2016 bis Februar 2017 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,3 Prozent ab. Die Genehmigungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern haben im Januar und Februar 2017 gegenüber den Vergleichsmonaten zugelegt, die geringere Zuwachsrate von acht Prozent lässt jedoch auf eine abflauende Dynamik deuten. (wi)

### Teure Winterreserve fürs Stromnetz

Um die deutsche Stromversorgung im kommenden Winterhalbjahr stabil zu halten, fehlen noch Reservekraftwerke mit einer Leistung von 1.600 Megawatt, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 3. Mai 2017 berichtete. Insgesamt benötigt werden nach Angaben der Bundesnetzagentur aufgrund strengerer Sicherheitsstandards mit 10.400 Megawatt fast doppelt so viel wie im Vorjahr. (wi)

### Mehr Erwerbstätige

Im März 2017 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,8 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber März 2016 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 641.000 Personen oder 1,5 Prozent zu. (wi)



## Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur Förderung von Mieterstrom

**Berlin – Das Bundeskabinett hat am 26. April 2017 den vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) vorgelegten Gesetzentwurf zur Förderung von Mieterstrom beschlossen. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries erkläre: „Mit der Förderung von Mieterstrom beteiligen wir die Mieter direkt an der Energiewende. Bisher haben vor allem Eigenheimbesitzer die Möglichkeit, von Strom aus Photovoltaik-Anlagen vom Hausdach zu profitieren. Das soll jetzt auch für Mieter möglich sein. Der neu eingeführte Mieterstromzuschlag wird das Angebot für Mieterstrom beleben, Mieter profitieren davon und der Ausbau der Stromerzeugung aus Solarenergie wird beschleunigt.“**

Mieterstrom aus Photovoltaik-Anlagen wird damit voraussichtlich noch in diesem Jahr förderfähig. Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der in einem Blockheizkraftwerk oder in einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt und an Letztverbraucher in diesem Wohngebäude geliefert wird. Die Höhe des Mieterstromzuschlags hängt von der Größe der Solaranlage und dem Photovoltaik-Zubau insgesamt ab und liegt voraussichtlich zwischen 3,8 und 2,75 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Der von den Mietern nicht verbrauchte Strom wird ins Netz der allgemeinen Versorgung eingespeist und vergütet. Das Potenzial für Mieterstrom umfasst nach einem Gutachten, das das BMWi in Auftrag gegeben hat, bis zu 3,8 Millionen Wohnungen.

### Nachbesserungen notwendig

Der Deutsche Mieterbund (DMB) und der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW begrüßten anlässlich der Beratung des Referentenentwurfs zum Mieterstrom im Bundeskabinett, dass Mieter endlich aktiv an der Energiewende beteiligt werden sollen. Um die Energiewende im Gebäudereich zu einem Erfolg zu machen, reiche

das geplante Gesetz aber noch nicht aus. Es müssten zügig weitere große Hürden für die Umsetzung von Mieterstromprojekten abgebaut werden.

„Die Pläne des Wirtschaftsministeriums sind ein guter Anfang. Allerdings werden Mieter damit immer noch nicht den Erzeugern von Eigenstrom in Einfamilienhäusern gleichgestellt, die sich nach wie vor deutlich günstiger selbst mit erneuerbarem Strom versorgen können“, erklärte **Lukas Siebenkotten**, Bundesdirektor des DMB. „Letztlich hängt der Erfolg von Mieterstrom-Modellen im Wesentlichen von der Attraktivität des Strompreises ab. Es darf außerdem keine Abnahmeverpflichtung für Mieter geben.“

Zu prüfen wird sein, inwieweit der Kabinettsbeschluss Projekte im Quartierszusammenhang ermöglicht, denn es mache keinen Sinn, sich in zusammenhängenden Wohnquartieren ein und desselben Wohnungsunternehmens auf einzelne Gebäude zu fokussieren. Und: Die praktische Umsetzung von Mieterstromprojekten darf nicht durch zu hohe Anforderungen an die Messsysteme unterlaufen werden.

### Gravierendes steuerliches Hindernis

Ein weiteres entscheidendes Hemmnis für Mieterstromprojekte muss ebenfalls aus dem Weg geräumt werden: Wohnungsunternehmen, die Strom aus erneuerbaren Energien wie Photovoltaik oder aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) lokal erzeugen wollen, werden gravierend steuerlich benachteiligt. Sobald sie den erzeugten Strom ins allgemeine Netz einspeisen oder den Mietern zur Verfügung stellen, wird die eigentlich gewerbesteuerbefreite Vermietungstätigkeit gewerbesteuerpflichtig.

„Es ist ungerecht, gerade diejenigen Unternehmen durch eine steuerliche Belastung ihres Vermietungsgeschäfts zu bestrafen, die sich für die Energiewende vor Ort engagieren wollen“, sagte **Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW. „Wohnungsunternehmen werden in diesem Punkt weiterhin ausgebremst. Das muss korrigiert werden und ist im Übrigen vollkommen steuerneutral.“

(alelvoglopschikön) ■

➔ **Der Gesetzentwurf ist unter diesem Kurz-Link abrufbar: <https://goo.gl/x9JYXw>**

### ➔ Fortsetzung von Seite 1

Auftrag ernst nimmt und sich den aktuellen Herausforderungen am Wohnungsmarkt stellt“, so Gedaschko. Die Kampagne richtet sich deshalb insbesondere an Entscheider in Politik und Wirtschaft, aber auch an die Öffentlichkeit.

Alle Fakten, Informationen und Motive der Kampagne werden ab heute auf der neuen Branchen- ‚Home‘-Page [www.wohnungswirtschaft.de](http://www.wohnungswirtschaft.de) gebündelt dargestellt. Ein zentrales Anliegen der Kampagne ist es, der Branche ein Gesicht zu geben und zu zeigen, wo die Wohnungswirtschaft überall in Deutschland vertreten ist. Ein zentrales Anliegen der Kampagne ist es, der Branche ein Gesicht zu geben und zu zeigen, wo die Wohnungswirtschaft überall in Deutschland vertreten ist. Einen ersten Eindruck davon kann man sich auf einer interaktiven Deutschlandkarte verschaffen. Diese wird in den nächsten Tagen und Wochen stetig aktualisiert und so mit mehr Leben gefüllt.

Die Imagekampagne der Wohnungswirtschaft wurde von Robert Körtge, Creative Director – Konzeption & Art Direction und Daniel Freier, Copywriter & Creative Director aus Berlin entwickelt. An der Umsetzung beteiligt sind außerdem das Büro Roman Lorenz sowie Benjamin Bedekovic, HDpublish GmbH, München.

Mitgliedsunternehmen des GdW können über eine Toolbox auf der Kampagnenseite alle verfügbaren Motive herunterladen und sich außerdem für den Kampagnennewsletter registrieren. Die Kampagnenmotive werden im ersten Flight auf Bauzäunen, in Mieterzeitungen, den ‚Home‘-Pages von Unternehmen und Verbänden sowie in den sozialen Netzwerken zu sehen sein.

(burk) ■

➔ **Die ersten Kampagnenmotive stehen zum Download bereit unter: <http://web.gdw.de/pressecenter/pressedownloads> Zur interaktiven Deutschlandkarte geht es hier: <https://kampa-fotos.wohnungswirtschaft.de>**



GdW-Präsident Axel Gedaschko

Foto: GdW

## Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen: Aus Genehmigungen Bauvorhaben machen

Berlin – Im vergangenen Jahr ist der Bau von insgesamt 375.000 Wohnungen genehmigt worden. Aus diesen Genehmigungen müssen nun aber auch Bauvorhaben werden. Wie der hohe Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gedeckt werden kann, war Thema des Bündnisforums, das Bundesbauministerin Hendricks am 25. April 2017 in Berlin eröffnete. Im Zentrum der Diskussion stand dabei das Thema Baulandaktivierung.

Nach Aussagen von Bundesbauministerin **Barbara Hendricks** wirkt die Wohnungsbauoffensive des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen Mehr als eine Million Wohnungen sollen in dieser Legislaturperiode fertiggestellt werden. Auch in den nächsten Jahren werden vor allem in Großstädten, Ballungsgebieten und in vielen Universitätsstädten bezahlbare Wohnungen benötigt. „Die intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bündnis muss daher auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden“, so Hendricks.



Auch GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser (sechste von links) nahm am Kongress teil.

Foto: BMUB / Sascha Hilgers

Der Bund stellt den Ländern die historisch hohe Summe von jährlich 1,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Eine zentrale Voraussetzung für bezahlbaren Wohnraum bleibt aber die Bereitstellung von Bauland. Hier sind vor allem die Kommunen gefordert.

Aber auch die Konditionen für die verbilligte Baulandabgabe von Grundstücken des Bundes durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben müssen dringend überprüft werden. „Wir möchten als Bund Bauland billiger abgeben. Die aktuellen Vorgaben aus dem Bundesfinanzministerium hindern uns daran. Die sogenannte Verbilligungsrichtlinie muss umgehend angepasst werden. Dafür setze ich mich beim Bundesfinanzminister ein“, sagte die Bundesbauministerin.

### Mehr Tempo notwendig

Bei der Grundstücksvergabe fordern auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobiliengewirtschaft Deutschland (BID) und ihr Vorsitzender **Andreas Ibel** mehr Tempo: „Die Ausweisung von ausreichend bezahlbarem Bauland ist der Flaschenhals für mehr Neubau. Dafür sind in erster Linie die Kommunen verantwortlich. Die Grundstücksentwicklung und -vergabe muss vereinfacht und beschleunigt werden. Das muss das gemeinsame Ziel aller Beteiligten sein. In den meisten Regionen ist Bauland knapper und teurer denn je!“

So dürfe die Grundstücksvergabe nicht im Höchstpreisverfahren erfolgen, forderte Ibel und verwies auf eine entsprechende

InWIS-Studie. Diese zeigt auf, dass der Durchschnittspreis pro Quadratmeter Bauland von 2000 bis 2015 um 42 Prozent angestiegen ist. Das ist nahezu doppelt so stark wie das allgemeine Preisniveau, das um rund 25 Prozent gestiegen ist. In Großstädten mit über 500.000 Einwohnern, in denen der Wohnraummangel überdurchschnittlich hoch ist, liegt der Grundstückspreis fünf bis sechs Mal so hoch wie im Durchschnitt in Deutschland.

„Die hohen Grundstückspreise machen es unmöglich, darauf den dringend benötigten Wohnraum im mittleren und niedrigen Mietpreissegment zu errichten“, erklärte Ibel. „Grundstücke sollten deshalb nach Konzeptvergabe verkauft werden. Gegebenenfalls müssten die Länder hier besonders finanzschwache Kommunen mit Fördermitteln unterstützen. Zudem müssen bei der Grundstücksvergabe alle Unternehmen am Markt gleich behandelt werden.“

### Bauland schnell, unbürokratisch und bezahlbar ausweisen

„Bezahlbares Wohnen und Bauen muss als gesamtgesellschaftliches Thema begriffen werden. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen hat hierzu einen konkreten Aufgabenkatalog erarbeitet, der nun dringend umgesetzt werden muss“, resümierte der BID-Vorsitzende. „Eine Entspannung auf den Wohnungsmärkten erreichen wir aber nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen und sich neben Bund und Ländern auch alle Kommunen in der Verantwortung sehen. Das gilt insbesondere für die schnelle, unbürokratische Ausweisung von ausreichend Bauland zu bezahlbaren Preisen.“

Wichtiges Thema beim Bündnisforum war auch die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit beim Wohnungsbau. Im Rahmen einer Innovationspartnerschaft entwickelt das Bündnis innovative und wirtschaftliche Ansätze für eine technologieoffene Minderung von Treibhausgasen, damit das gemeinsame Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050 erreicht und gleichzeitig ausreichend und bedarfsgerechter Wohnraum geschaffen werden kann.

### Über das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen

Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ führt Bund, Länder, Kommunen, Wohnungs- und Bauwirtschaft, den Deutschen Mieterbund, Gewerkschaften sowie weitere gesellschaftlich relevante Akteure zusammen, um die Herausforderungen am Wohnungsmarkt zu bewältigen. Im März 2016 hat das Bundeskabinett die Wohnungsbau-Offensive des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen beschlossen. Die Wohnungsbau-Offensive umfasst ein 10-Punkte-Programm. Zu diesem zählen unter anderem die Bereitstellung von Bauland sowie die verbilligte Abgabe von Grundstücken durch den Bund, die Stärkung der sozialen Wohnraumförderung, eine Flexibilisierung von Stellplatzverordnungen bis hin zur Nachverdichtung von Wohnsiedlungen, Brachflächen und Baulücken. ■ (schr/hop/kön)

➔ Weitere Informationen zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und die Wohnungsbau-Offensive finden Sie hier: [www.bmub.bund.de/buendnis-wohnen](http://www.bmub.bund.de/buendnis-wohnen)



## Diskussion „ZUKUNFT findet STADT“ in Berlin – Rosa Häuser, Hochzeitsplanungen und die Menschenwürde auf 40 Quadratmetern

Berlin – Der neue Berliner Senat versprach bei seinem Antritt im September 2016: Bauen und Wohnen in Berlin soll kreativer, demokratischer und günstiger werden. Maßnahmen und Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin waren Thema einer Diskussion der Reihe „ZUKUNFT findet STADT“, die der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) zusammen mit dem rbb Inforadio im „Heizhaus“ der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) am 24. April 2017 veranstaltete. Die Aufzeichnung der Sendung wird am 7. Mai 2017 um 11 Uhr im rbb Inforadio ausgestrahlt.



Engagierte Diskussion: BBU-Vorstand Maren Kern (Mitte) mit Senatorin Katrin Lompscher und Jörn von der Lieth (Hilfswerk-Siedlung)

Unter der Moderation von rbb-Redakteurin Ute Holzhey diskutierten BBU-Vorstand **Maren Kern**, Berlins Senatorin **Katrin Lompscher**, **Reiner Wild** vom Berliner Mieterverein, die Präsidentin der Berliner Architektenkammer **Christine Edmaier** und **Jörn von der Lieth** von der Hilfswerk-Siedlung.

### Flächenverbrauch überdenken

BBU-Vorstand Maren Kern machte deutlich, dass sich der durchschnittliche Flächenverbrauch pro Kopf im Laufe der

letzten Jahrzehnte verdoppelt hätte. Kreatives Bauen sei gefragt: „Aktuell liegen wir bei rund 40 Quadratmetern pro Person. Wir sollten nachdenken, ob wir nicht wieder einen Schritt zurückgehen.“ Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher unterstützte sie: „Eine 40-Quadratmeter-Wohnung für zwei Personen ist jetzt keine Menschenrechtsverletzung.“ Reiner Wild vom Berliner Mieterverein sorgt sich insbesondere um die Mittelschicht: „Die Landesregierung legt den Fokus stark auf WBS-Berechtigte, gleichzeitig entstehen sehr viele Wohnungen für Gutverdienende. Die Mittelschicht fühlt sich aktuell völlig vergessen.“ Für Maren Kern ist der Erhalt der sogenannten „Berliner Mischung“ deshalb ein zentrales Anliegen. „Um das zu erreichen, müssen Auflagen reduziert werden, die die Neubaukosten in die Höhe treiben“, machte sie klar.

### Günstiges und kreatives Bauen sind keine Gegensätze

Chefarchitektin Christine Edmaier wiederum sah keinen Widerspruch darin, günstig und kreativ zu bauen: „Die Baukosten bleiben gleich, egal ob schön oder häss-

lich gebaut wird.“ Sie plädierte für mehr Toleranz, denn Schönheit liege nun mal im Auge des Betrachters.

### Partizipation: ja – aber wie?

Breit diskutiert wurde, wie umfangreich eine Mitsprache bei Bauvorhaben organisiert werden muss. Der Senat setzt mit frühzeitiger Beteiligung, mehreren Planungsvarianten und dem Aufzeigen des Mehrwerts der jeweiligen Projekte für die Nachbarschaften auf eine Ausweitung der Verfahren. Hilfswerk-Chef von der Lieth wies darauf hin, dass diese Ausweitung zu zeitlichem und finanziellem Mehraufwand führt: Er rechnet mit bis zu drei Jahren Verzögerung, je nach Umfang der Beteiligung.

### Bewegte Stadt

Die Diskussion und die Resonanz des Publikums haben gezeigt, wie sehr das Thema Wohnungspolitik die Stadt bewegt. Der neue Senat hat einige Maßnahmen angestoßen, die sich in der Praxis noch bewähren müssen. Aber der Anfang für ein kreativeres, demokratischeres und günstigeres Bauen und Wohnen in Berlin ist gemacht.

(schw/kön) ■

## PUBLIKATION

### Smart Cities – Digitalisierung muss strategische Aufgabe werden

Bonn/Berlin – Eine gemeinsame Untersuchung vom Bundesamt für Bau- Stadt- und Raumordnung (BBSR), PricewaterhouseCoopers (PwC) und dem Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) verdeutlicht: Kommunen müssen die Digitalisierung zur strategischen Aufgabe machen, um bei der Stadtentwicklung handlungsfähig und unabhängig zu bleiben. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden entlang der folgenden vier Schwerpunkte aufbereitet.

Die Schwerpunkte im Überblick:

#### Digitalisierung und die Transformation des urbanen Akteursgefüges

Kommunen müssen sich der Frage widmen, wer künftig mit welchem Einfluss die Geschicke in unseren Städten lenkt. Städte müssen zentrale Ansprechpartner und Einrichtungen für Digitales und Daten etablieren, Strategien und Kompetenzen entwickeln, Datenhoheit als Standortfaktor ansehen und kommunale Unternehmen zu digitalen Kompetenzträgern machen.

#### Die neue Stadtökonomie – Strukturwandel in Zeiten der Digitalisierung

Kommunen müssen sich für die zukünftigen

Anforderungen der Wirtschaft sensibilisieren. Sie benötigen eine flexiblere Stadtplanung, zentrale Koordinierungs- und Steuerungseinheiten, eine kommunale Daten- und Kommunikationsinfrastruktur, neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle sowie Netzwerke für die digitale Bildung.

#### Die Weisheit der Vielen – Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter

Digitale Technologien und Services schaffen neue Möglichkeiten für Kommunen, Wissen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in ihre Planungen einzubeziehen. Sie müssen Big Data für sich nutzen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten fallorientiert einsetzen, bestehende Bürgerinitiativen einbin-

den, neue Anreizformate schaffen und den interkommunalen Austausch stärken.

#### Mind the Gap – Digitale Integration als Basis für smarte Städte

Kommunen haben die Aufgabe, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen in der Smart City zu sichern. Sie müssen Barrieren durch neue Technologien abbauen, anwenderfreundlich und lokalspezifisch denken, Datensicherheit gewährleisten, digitale Bildungsangebote aufbauen, E-Government ausbauen und innovative Unternehmen fördern.

(schllk/koz/kön) ■

➔ Die Studie ist unter [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de) abrufbar.

**Präsentationen mit PowerPoint**

17. Mai 2017, Bochum

„Mal eben schnell eine Präsentation erstellen...“ – das ist leicht gesagt. Doch schnell getan ist es meist nur mit geschultem Wissen. Kennt man die idealen Funktionen und Tricks zur Erstellung einer professionellen Präsentation kann man schneller arbeiten und das Ergebnis ist wesentlich besser und wirkungsvoller.

**Weitere Infos:** EBZ, Virginia Pokorski, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

**Baukostenrisiko Nachbarschaft**

22. Mai 2017, Berlin

Dieses Seminar behandelt verschiedene Aspekte der Streitvermeidung bei Bau- und Modernisierungsvorhaben. Es werden die Unterschiede zwischen öffentlich-rechtlichen und zivilrechtlichen Rahmenbedingungen thematisiert sowie die Abwehr von Ansprüchen und Schlichtungsverfahren. Lernziel ist es, Bauvorhaben unter dem Aspekt nachbarschaftlicher Zusammenhänge zu analysieren.

**Weitere Infos:** BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

**Medienarbeit in Wohnungsunternehmen optimieren**

31. Mai 2017, Hamburg

Neubau- und Modernisierungsprojekte, Unternehmensmeldungen oder Statements zu einer aktuellen Entwicklung – es gibt viele Anlässe für Immobilienunternehmen, um Medienarbeit zu betreiben. Wie funktioniert Medienarbeit? Welche Themen sind erfolgversprechend? Welche Instrumente gibt es, um Journalisten professionell anzusprechen? Diese Fragen greift das Seminar auf.

**Weitere Infos:** VNW, Kerstin Haase, Telefon: 040/52011212, E-Mail: haase@vnw.de, Internet: www.vnw.de

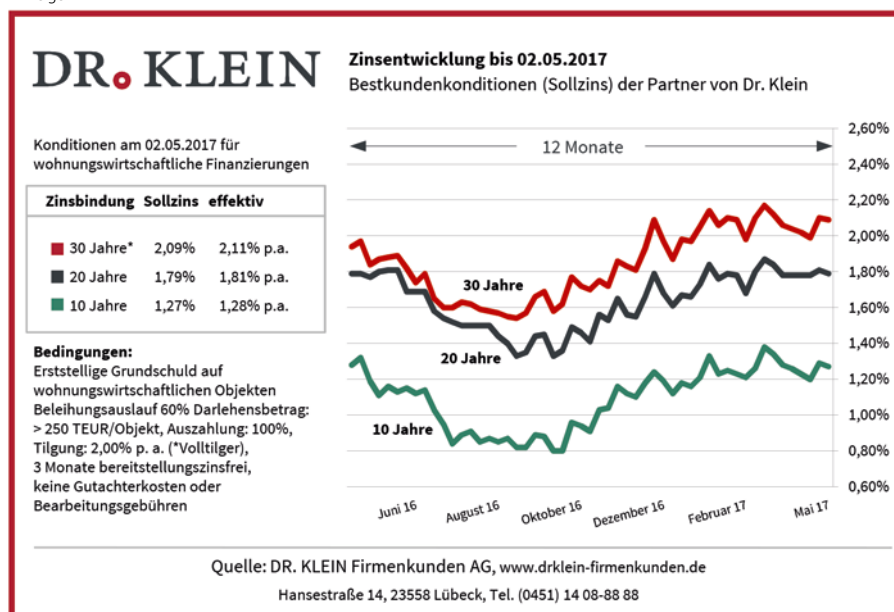
## PERSÖNLICHES

**Doris Seeber**, Vorstandsmitglied der Baugenossenschaft Kirchmöser eG, feierte am 27. April 2017 ihren 65. Geburtstag. Sie ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften und Delegierte zum GdW-Verbandstag.

**Frank Thyroff**, Geschäftsführer der wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen, feierte am 29. April 2017 seinen 60. Geburtstag. Er ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen und Delegierter zum GdW-Verbandstag.

**Reinhard Dische**, Vorstandsmitglied des Bauverein Breisgau eG, feierte am 30. April 2017 seinen 65. Geburtstag. Er ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften und Mitglied des Verbandsrates des GdW.

Anzeige

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Andreas Schichel, Klaus Schrader,  
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:  
Mecklenburgische Straße 57  
14197 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2017.  
www.mediacyber.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:  
120,75 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-  
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

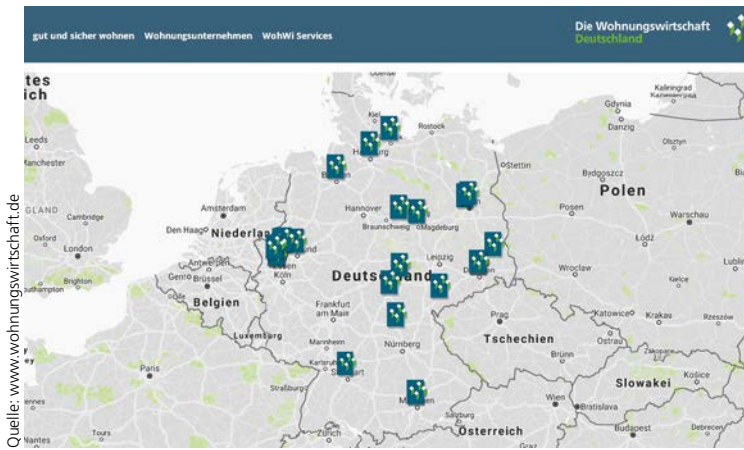
ISSN 1610-2207

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.



## Die Wohnungswirtschaft in Deutschland – überall vor Ort

Eine Karte auf der neuen Branchenwebsite der Wohnungswirtschaft – „Deutschlands führender ‚Home‘-Page“ [www.wohnungswirtschaft.de](http://www.wohnungswirtschaft.de) – zeigt, wo die im GdW vertretenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften in überall vertreten sind. Ob in Großstadt- und Metropolregionen, in kleineren Städten oder in ländlichen Regionen, im Norden, Süden, Osten und Westen, zeigen Vertreter der jeweiligen Regionalverbände sowie Unternehmer, dass sie zur Wohnungswirtschaft gehören. Klicken Sie sich durch die Bilder und erleben Sie, wie sich die Karte in den kommenden Wochen mit immer mehr Leben füllt. (kön) ■

➔ [Hier geht es zur interaktiven Karte: https://kampa-fotos.wohnungswirtschaft.de](https://kampa-fotos.wohnungswirtschaft.de)



Franz-Bernd Große-Wilde, Vorstandsvorsitzender des Spar- und Bauvereins Dortmund und GdW-Verbandsratsvorsitzender, zusammen mit Ulrich Bimberg, Vorstandsvorsitzender des Spar- und Bauvereins in Solingen (v. l.)

Foto: Urban Ruhrs/GdW

## Recht so

### Bundesgerichtshof zu Informationspflichten eines Preisvergleichsportals im Internet

Mit Urteil vom 27. April 2017 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass die Information darüber, dass in einem Preisvergleichsportale nur Anbieter berücksichtigt werden, die sich für den Fall des Vertragsschlusses mit dem Nutzer zur Zahlung einer Provision an dem Portalbetreiber verpflichtet haben, eine wesentliche Information im Sinne des § 5 a Absatz 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb darstellt. Der Nutzer eines Preisportals wäre also entsprechend zu informieren gewesen. Der zur Entscheidung vorliegende Sachverhalt betraf ein Preisvergleichsportale im Internet für Bestattungsleistungen. Im Rahmen des Preisvergleichs wurden nur Anbieter berücksichtigt, die mit dem Vergleichsportale für den Fall eines Vertragsabschlusses eine Provision in Höhe von 15 Prozent oder 17,5 Prozent des Angebotspreises vereinbaren. Hierauf wurden die Nutzer des Portals aber nicht hingewiesen. Diese Information ließ sich lediglich in einem Hinweis im Geschäftskundenbereich der Internetseite entnehmen (Az.: I ZR 55/16). ■

#### EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Vergleichsportale im Internet erfahren eine immer größere Bedeutung im Wirtschaftsleben. Diese werben damit, dass sie das für den Nutzer jeweils günstigste Angebot herauszufinden. Insofern geht der Nutzer auch davon aus, dass das entsprechende Vergleichsportale auch die verschiedensten Anbieter vergleicht – unabhängig vom Vorliegen einer Vereinbarung mit dem Vergleichsportale. Werden aber nur diejenigen Anbieter miteinander verglichen, die etwa über eine Rahmenvereinbarung eine Provisionszahlung bei Vertragsschluss erhalten, ist die Aussagekraft des Vergleichsportals natürlich viel geringer. Insofern muss auch darauf hingewiesen werden. Das Urteil des BGH ist insofern eine gute Entscheidung für den Nutzer von Vergleichsangeboten.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

#### ZAHLE DER WOCHE

# 45

Prozent der Beschäftigten ab 25 Jahren waren 2015 seit mindestens 10 Jahren bei ihrem derzeitigen Arbeitgeber tätig. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren Männer mit 47 Prozent etwas öfter lange beim selben Arbeitgeber beschäftigt als Frauen (43 Prozent). 18 Prozent der Beschäftigten arbeiteten seit fünf bis 10 Jahren beim selben Unternehmen und über ein Drittel (35 Prozent) gab eine Beschäftigungsdauer von weniger als fünf Jahren an. Führungskräfte waren mit 53 Prozent am häufigsten 10 Jahre oder länger bei ihrem aktuellen Arbeitgeber beschäftigt. Dagegen hatte nur knapp ein Drittel der Hilfsarbeitskräfte eine Betriebsbindung von mindestens 10 Jahren. Deutschland lag mit dem Anteil der Beschäftigten von 45 Prozent, die mindestens 10 Jahre beim selben Unternehmen tätig sind, nahe am EU-Durchschnitt (44 Prozent). Italien (52 Prozent), Portugal (51 Prozent) und Frankreich (50 Prozent) hatten EU-weit den höchsten Anteil einer längeren Beschäftigungsdauer beim selben Arbeitgeber. ■

Matr-Nr. 06505-5475